



Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Linke Alternativen zum Marktradikalismus der EU

Gewerkschaftskonferenz der LINKEN. - Erfolgreicher Auftakt zu den EP-Wahlen.

„Wir zahlen nicht für Eure Krise und nicht für Eure Kriege!“ Das war die eindeutige Botschaft der Gewerkschaftspolitischen Konferenz der LINKEN am 6./7. Februar in Peine. Gleichzeitig ein klarer Aufruf für die Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am 28. März 2009.

Die regionale Presse attestierte der von der AG Betrieb & Gewerkschaft ausgerichteten Konferenz, dies sei ein erfolgreicher Auftakt für die Wahlen zum EP-Parlament im Juni gewesen.

In der Tat diskutierten in Peine mehr als 200 GewerkschafterInnen aus Deutschland, Dänemark, Österreich und Griechenland die Perspektiven linker Gewerkschaftspolitik in Europa.

„Die europäische Union ist doppelt in der Krise. Sie ist in einer tiefen Legitimationskrise gegenüber der Bevölkerung. Und sie ist in einer schweren Wirtschafts- und Finanzmarktkrise“, konstatierte Dieter Staadt aus dem Vorstand der IG Metall.

„Die europäische Union hat einen großen Teil zur momentanen Wirtschaftskrise getan“, so Ulrike Zerhau. Die stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN kritisierte, dass die EU-Politik die Öffentliche Daseinsvorsorge zu einem marktgängigen Produkt mache und die Schutzrechte von Beschäftigten angegriffen werden. Dies sei eine Konsequenz der Lissabon-Strategie, die nach eigenen Angaben bis 2010 die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ machen soll. Sabine Wils vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft griff die fortwährende Politik der EU zur Arbeitszeitflexibilisierung an. Trotz der Krise des ungezügelterten Marktes hätten die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Brüsseler Gipfeltreffen Mitte Dezember keinen Abstand vom „Flexicurity“

Konzept der Lissabon-Strategie zur Deregulierung der Arbeitsmärkte genommen. Die Richtlinien der EU-Kommission zur Leiharbeit und Arbeitszeit stellten, so Sabine Wils, einen „Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten“ dar, da sie die Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse fördere. Sie erwarte angesichts dieser starren Haltung der politisch Verantwortlichen in der EU auch in der kommenden Legislaturperiode deutliche Auseinandersetzungen um die europäischen Arbeitsbedingungen. Hierauf müssten die Gewerkschaften, so Sabine Wils, auch mit dem Mittel des politischen Streiks reagieren.

Die gut besuchte Konferenz fand auch in einer absolut solidarischen und ruhigen Atmosphäre statt, die das Debattieren unterschiedlicher Erfahrungen sehr erleichterte.

Durch die aktive Mitarbeit der AG Betrieb & Gewerkschaft im Netzwerk der GewerkschafterInnen in und bei der ELP war diese auf der

Inhaltsverzeichnis:

<i>G. Kemski: Linke Alternativen...</i>	<i>S 1</i>
Aus den Foren	
<i>B. Böhnke: Seehäfen</i>	<i>S. 3</i>
<i>A. Bergmann: Berufsausbildung</i>	<i>S. 4</i>
<i>I. Kolbe: Interessenvertretung</i>	<i>S. 5</i>
<i>M. Lätzsch: Bahnprivatisierung</i>	<i>S. 8</i>
Beschlüsse	
<i>Resolution: Linke Alternativen...</i>	<i>S. 10</i>
<i>Einberufung einer Bundeskonferenz...</i>	<i>S. 11</i>
<i>Kontakte und Terminplaner</i>	<i>S 12</i>



Konferenz auch in der Lage in den Foren die Perspektive linker Gewerkschaftsarbeit in anderen Ländern Europas zu diskutieren.

So konnten im Forum über die Erfahrungen des Kampfes gegen die Privatisierung der europäischen Häfen sowohl Rosi Hoyer (ver.di-Sekretärin im Hamburger Hafen) als auch Anastasia Frantzeskaki (Gewerkschaftssekretärin im Hafen von Piräus) trotz unterschiedlicher Ausgangssituationen von Teilerfolgen berichten.

Das war im Forum zur Auseinandersetzung um die Privatisierung der europäischen Eisenbahnen etwas anders. Liegt der Börsengang der DB in Deutschland gegenwärtig auf Eis, so konnten Oliver Jonischkeit (Linksblock im ÖGB) und Erik Bach (Dänemark) gegenwärtig wenig Hoffnungsvolles aus ihren Ländern berichten.

Im Forum zur Perspektive der Berufsausbildung in Europa wurden die unterschiedlichen Bedingungen sichtbar. Gleichwohl machten die Beiträge von Maria Syrakou (Synaspismos Jugend) und Ingrid Olsson (Sozialistische Volkspartei Partei Dänemark) deutlich, dass hier ein wichtiges Konfliktfeld für alle linken Parteien liegt.

Das Forum über das europäische Streikrecht machte deutlich, wie wichtig gemeinsames Handeln der Gewerkschaften für Klasseninteressen in Europa ist. Uwe Fritsch (Mitglied des Euro-Betriebsrates bei VW) konnte die positiven Errungenschaften ihres EU-Betriebsrates darstellen. Gleichwohl wies er auf die Bedrohungen hin, die aus Brüssel auf die EU-Betriebsräte zukommen und sprach sich entschieden für die Anwendung europäischer Streiks (wie beispielsweise die der Hafentarbeiter in Verbindung mit dem Port Package) aus. Damit war er durchaus

Aus dem Forum 1 - Seehäfen

Zur Einführung hielt die Kollegin Anastasia Frantzeskaki aus Griechenland einen längeren Vortrag über die Situation griechischer Gewerkschaften und Hafentarbeiter, ihre Arbeitskämpfe und ihr Engagement zur Privatisierungsfrage. Sie konzentrierte Ihre Darstellung auf die griechischen Häfen Salaniki und Patreus.

in Übereinstimmung mit Jörg Reinbrecht aus dem Hause des ver.di-Bundesvorstandes.

Veit Wilhelmy IG BAU Sekretär und SPD-Abgeordneter aus Wiesbaden verwies noch einmal auf die Rückständigkeit gerade des deutschen Arbeitskämpfrechts und die Notwendigkeit die Frage des politischen Streiks gerade hierzulande zu forcieren.

Bereits am Vorabend hatten mit Sahra Wagenknecht und Diether Dehm zwei kompetente EuropapolitikerInnen der LINKEN aus EP-Parlament und Bundestag das Wort ergriffen.

Unter großem Beifall begründete Diether Dehm die Klage der Bundestagsfraktion gegen den Lissabon-Vertrag. Auf die Position: „Die öffentliche Daseinsvorsorge muss sich auch rechnen!“ entgegnete Sahra Wagenknecht entschieden: „Öffentliche Daseinsvorsorge kann und darf sich nicht in jedem Fall rechnen. Wenn



beispielsweise in bestimmten Regionen Ostdeutschlands eine Bahnverbindung aufrechterhalten oder wieder hergestellt wird, so wird sich das vermutlich „nicht rechnen“. Es ist aber notwendig für die Menschen vor Ort.“

Dies fand die ungeteilte Zustimmung der Konferenz, denn die GewerkschafterInnen der LINKEN und auch der anwesenden anderen linken Parteien lehnen es ab, die öffentliche Daseinsvorsorge in irgendeiner Form der Profitlogik zu unterwerfen.

Gerald Kemski

Die Häfen gelten in Griechenland als Service-Ports mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Die Angestellten haben einen mit Deutschland vergleichbaren Beamtenstatus.

Anastasia stellte dem Forum die Strategie der griechischen Regierung vor. Das Vorgehen der Regierung fasste unsere Kollegin in 5 Punkte zusammen:

1. Die Regierung Griechenlands versuchte den öffentlich-rechtlichen Charakter der Häfen soweit zu ändern, dass das Bild einer Imitation eines privaten Hafens entstand.
2. Anschließend wandelte die Regierung die Häfen in Aktiengemeinschaften um.
3. Anschließend wurden die AGs an der Börse gehandelt. Dabei verblieben 75% der Aktien in der Hand des Staates. Die weiteren 25% wurden an private Investoren verkauft. Zusätzlich erhielten diese privaten Investoren 5% der Aufsichtsratsposten.
4. Als weitere Schritte leitete die Regierung eine starke Deregulierung der Häfen ein. Die öffentlich-rechtlichen Häfen verloren dabei immer weiter Gestaltungsspielräume.
5. Durch weitere Gesetzesänderungen wurden starre Vorschriften zu Gunsten privatwirtschaftlicher Häfen durchgesetzt.

Als die Hafentarbeiter sich gegen diese Politik wehrten, kam es zu einem politischen Streik. Dieser Streik wurde per Gericht als illegal festgestellt. Damit setzte sich die Regierung soweit durch, dass es keinerlei politische Gestaltungsrechte in den Häfen Griechenlands mehr gab. Vor den eigenen Belegschaften kam es zu Schwierigkeiten die Probleme zu vermitteln.

Als ein großer Investor und Interessent an griechischen Häfen trat COSCO auf. COSCO hatte die Absicht einen eigenen Hafen in Griechenland zu betreiben. Für die Belegschaften bestand dadurch die Gefahr entweder Lohnsenkungen oder Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Der Rechtsschutz und die soziale Sicherheit wäre eingetauscht worden gegen Leiharbeit, Teilzeitarbeit und schlechte Bezahlung. Die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft waren für viele Leute erkennbar. Es galt Profitmaximierung auf Kosten der Belegschaften und betroffenen Städte. Weitere Probleme fanden sich in den Bereichen Umweltschutz, aber

auch Korruption. Die griechische Sozialdemokratie unterstützte die Politik gegen die eigenen Häfen und ihre Belegschaften. Die politische Rechte wollte eine Schwächung der öffentlichen Struktur.

Als die Gewerkschaften die Verträge und die Politik Griechenlands durchleuchteten, stellten sie für sich fest, dass die Politik der Regierung auf COSCO zugeschnitten wurde. Weiter informierten die Ge-

werkschaften und Belegschaften die Öffentlichkeit über die Entwicklungen im Thema und forderten, dass das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt der Politik stehen soll.

Anastasia stellte außerdem Fehler in den stattgefundenen Prozessen dar. Während der einzelnen Schritte kam es zu keinem Dialog zwischen Politik und den Betroffenen in den Hafenstädten. Es gab auch große Probleme die Bürger und Hafentarbeiter für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Zu spät wurden die Auswirkungen dargestellt, wenn tausende Hafentarbeiter in einer Stadt weniger Lohn erhalten und entsprechend weniger konsumieren können. Sie kritisierte auch, dass die Gewerkschaften nur sich selbst und ihre eigenen Interessen wahrgenommen haben, anstatt in der Gesamtheit das Problem aufzugreifen.

Im Anschluss stellte unsere Kollegin Rosi Hoyer die Situation im Hamburger Hafen und anderer Landesbetriebe dar. Auch hier wurde die Privatisierung schleichend durchgeführt. Jedoch weniger als ideologischer Prozess, sondern eher zum Stopfen von Haushaltslöchern. Allen voran unter der CDU/Schill-Regierung. Die Gewerkschaften sehen die Hamburger Häfen jedoch in einem anderen Licht. Als öffentlicher Hafenbetrieb werden soziale Standards definiert, politischer Einfluss genommen, gegenseitige Solidarität kann geübt werden, Einnahmen für die Stadt generiert werden, die Stadt tritt als Arbeitgeber auf und die Häfen gelten als Standortfaktor.

Trotzdem wollte die Landesregierung weiter zur Tat schreiten. Interessenten wie DIE BAHN, Dubai Ports und Finanzspekulanten kamen ins Spiel. Doch die Belegschaften leisteten mit permanenten Aktionen, auch während der Arbeitszeit und Konzernbetriebsversammlungen Widerstand. Mehrarbeit wurde verweigert und als Druckmittel die stattfindenden Wahlen



tarifverträge abgeschlossen werden. Wobei europäische Betriebsräte keine Verträge abschließen können. Sie sind nur Informations- und Beratungsgremien. Hier muss dringend eine europäische Lösung gefunden werden.

Deutschland ist eins der streikärmsten Länder, so Veit Wilhelmy, Gewerkschaftssekretär bei der IG BAU. Seine Einschätzung der deutschen Gewerkschaften: „Sie sind zu unpolitisch und zu brav.“

Ein Diskussionsteilnehmer bekam regen Beifall für seine Feststellung: „Wir haben kein



Streikverbot. Wir haben uns das Streikrecht nur nicht genommen.“

Ingrid Kolbe

Aus dem Forum 4 „Gegen die Privatisierung der Eisenbahnen - für den Erhalt sozialer Standards für die Beschäftigten“

Nach reichlich personeller Veränderung der Referenten des Forums (krankheitsbedingte Ausfälle), ist es dennoch gelungen, ein schlagkräftiges und kompetentes Team zu formieren. E. Bach aus Dänemark, O. Jonsichkeit aus Österreich, der Tansnet-Sekretär H. Erling und H.-D. Springhorn von „Bahn von unten“ konnten viele Erfahrungswerte aus der



Praxis vorstellen. Nach der Eröffnung durch das Mitglied des BundessprecherInnenrates der Bundesarbeitsgemeinschaft B & G; M. Lätzsch, konnte jeder Referent einen Input vor der gemeinsamen Diskussion mit den Forumsteilnehmern geben. Dabei wurden sowohl Erfahrungswerte von bereits erfolgten Privatisierungen im Bahnbereich vorgestellt, als auch präventive politische Mittel zur Verhinderung besprochen. Kollege Springhorn machte noch mal deutlich, dass die Privatisierungs-

bestrebungen bei der DB AG im Gesamtbild der neoliberalen Politik zu sehen ist. Dabei ist dies ein Mosaikstein (wenn auch ein gewichtiges) eines Gesamtproblems. Die Kollegen Bach und Jonsichkeit berichteten vom massiven Stellenabbau in ihren Bereichen, von Auslagern von Strecken, von immer mehr verbreiteten Fahrten ohne ZugbegleiterInnen und von Investitionen fast ausschließlich in die hochpreisigen Strecken, bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Personennahverkehrs. Kollege Erling konnte aus Brandenburg von der Stilllegung von sagenhaften 157 km Strecke berichten.

Man war sich aber in der Diskussion einig, trotz der unterschiedlichen Herangehensweise, man kann gemeinsam die Dinge beeinflussen. Und auch das „Zurückdrehen“ von Privatisierungen ist möglich. Hier haben die Gewerkschaften eine besondere Verantwortung!

Auch Transnet ist auf einen guten Weg, nach dem sogenannten System „Hansen“, sich davon zu lösen und wieder eigene Konturen zu entwickeln.

Zum Schluss, noch ein paar *Stilblüten*: Kollege Erling berichtete von der Prestigestrecke Köln-Bonn. Sie wird sich kostenseitig in doch schon 400 Jahren amortisiert haben. Nun sage einer, die Bahn AG würde kurzfristig denken. Dann „erfreute“ uns Kollege Jonsichkeit noch mit der Möglichkeit; dass angedacht war, überzähliges Bahnpersonal in Vollzugsanstalten eingesetzt werden sollten. Hoffentlich rutscht da keinem raus: „Die Fahrkarten bitte!“

Mike Lätzsch

**Resolution
von der Gewerkschaftspolitischen Konferenz**
Peine, 06. und 07. Februar 2009

Linke Alternativen zum Marktradikalismus der Europäischen Union

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gewerkschaftspolitischen Konferenz der LINKEN in Peine, darunter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus mehreren europäischen Ländern, haben deutlich gemacht: Die LINKEN sind für ein gemeinsames Europa. Sie kämpfen aber entschieden dafür, dass dieses Europa nicht hochrüstet, sondern ein Faktor des Friedens wird. Sie wollen ein soziales Europa. Sie werden gemeinsam dafür kämpfen, dass die Verantwortlichen und die Profiteure der Finanzmarktkrise die Kosten der Krise tragen. Die von den LINKEN geforderten Investitionen sollen vor allem in die Bildung und den ökologischen Umbau der Wirtschaft fließen. Klimaschutz und Arbeitsplätze dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Krieg und Sozialabbau gehören im gegenwärtigen Europa zusammen, das von neoliberaler Politik, die im Lissabon-Vertrag festgeschrieben wird, bestimmt ist. Deshalb lehnen wir diesen Vertrag ab und setzen uns für eine politische Neugründung der Europäischen Union ein, mit einer neuen Verfassung, die in Referenden der Bevölkerung vorgelegt wird.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz sehen den bedeutsamsten Beitrag zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit, Armut und Verelendung in einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und unter Ausschluss von Kündigungen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz unterstützen die Demonstrationen am 28. März 2009 in Berlin und Frankfurt/Main zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und deren Ursachen sowie die Aktivitäten am 3. und 4. April in Straßburg und Kehl gegen eine Fortführung der NATO und ihrer globalen Kriegseinsätze und werben für diese außerparlamentarischen Aktionen unter der Losung "Wir zahlen nicht für Eure Kriege und für Eure Krise".

Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa tritt die Partei der Europäischen Linken (EL) mit einer gemeinsamen Plattform für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 an: Gemeinsam für den Wechsel in Europa!

Kontakt und Info zur AG B&G:

ag.bg@die-linke.de, Tel: 030 / 24 009 673, Fax: 030/ 24 009 480, www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt * Susanne Danowski * Hasso Ehinger * Gerald Kemski * Heidi Kloor * Mike Lätzsch * Marko Röhrig * Sabine Wils

Beschluss des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft
am 08. Februar 2009 in Peine

**Einberufung einer
Bundeskonzferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN
am 31. Oktober / 1. November 2009 nach Berlin**

1. Das Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft beruft für den 31. Oktober / 1. November 2009 eine Bundeskonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft nach Berlin ein.
2. Aufgabe dieser Bundeskonferenz ist :
 - die Debatte über die Ergebnisse der Bundestagswahlen und die Schlussfolgerungen für die AG Betrieb & Gewerkschaft
 - die Wahl eines BundesprecherInnenrates der AG Betrieb & Gewerkschaft.

3. Die Konferenz wird in Form einer Delegiertenkonferenz durchgeführt.

Es gilt folgender Delegiertenschlüssel:

- Als Grundmandat bekommt jede Landes-AG mit bis zu 50 Mitgliedern 2 Delegiertenmandate.
- Landes-AGen mit mehr als 50 Mitgliedern erhalten pro weiteren angefangene 25 Mitgliedern (über 50) je ein weiteres 1 Delegiertenmandat.

Es gilt die Mindestquotierung.

Stichtag für die Anzahl der Delegiertenmandate ist der Mitgliederstand vom 31.03.2009.

4. Die Delegiertenwahlen finden im Zeitraum 1. April – 30. Juni 2009 statt.
5. Der gegenwärtige BundessprecherInnenrat wird beauftragt die Bundeskonferenz vorzubereiten und einzuladen.

Kontakte

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt *info@barbara.borchardt.de*
Susanne Danowski *su.dan@online.de*
Hasso Ehninger *ehinger.hasso@web.de*
Gerald Kemski *gerald.kemski@t-online.de*
Heidi Kloor *heidi.kloor@googlemail.com*
Mike Lätzsch *Konfliktcontor@aol.com*
Marko Röhrig *attaci@gmx.de*
Sabine Wils *Sabine.Wils@hamburg.de*

Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE

Heidi Scharf *heidi.scharf@die-linke.de*
Michael Schlecht *michael.schlecht@die-linke.de*

Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Werner Dreibus *werner.dreibus@bundestag.de*

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

Ansprechpartnerin für die AG Betrieb und Gewerkschaft
Jutta Nitsche *jutta.nitsche@die-linke.de*

Landes-AGen

Baden-Württemberg

Stefan Dreher *mail@stefandreher.de*

Bayern

betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de

Berlin

ag.bug@die-linke-berlin.de

Brandenburg

Susanne Danowski *su.dan@online.de*

Bremen

Ingo Tebje *itebje@uni-bremen.de*
Werner Frey *werner.frey@dielinke-bremen.de*

Hamburg

ag-bg@die-linke-hh.de

Hessen

Renate Bastian *bastian.renate@gmx.de*
Hermann Schaus *schaus.4@t-online.de*

Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Böhm *j.boehm@gmx.de*

Niedersachsen

Manfred Kays *manfredkays@googlemail.com*

Nordrhein-Westfalen *info@betriebundgewerkschaft-nrw.de*

Rheinland-Pfalz

Martin Klein *roterwanja@aol.com*

Saarland

Gabriele Ungers *gabriele-ungers@web.de*

Sachsen

Petra Mißbach *Petra.Missbach@t-online.de*
Karl Friedrich Zais *wkb.zais@t-online.de*

Sachsen-Anhalt

Edeltraud Rogée *edeltraud.rogee@t-online.de*

Schleswig-Holstein

Ernst Molkenthin *ErnestoPrimero@aol.com*
Meenhard Smit *smit-meenhard@foni.net*

Thüringen

Sandor Witt *SandroWitt@gmx.net*

Termine

28.02.09 in Essen
Europaparteitag

01.03.09 in Essen
Vertreter/innen/versamm-
lung zur Europawahl

18./19.04.09 in Leipzig
Bundestreffen

30.04.09 in Erfurt
4. Zentrale Betriebs- und
Personalrätekonferenz der
Fraktion DIE LINKE
„Krise bekämpfen, Ge-
rechtigkeit und Gute Ar-
beit durchsetzen“

14.-14.06.09 in Berlin
Fest der LINKEN

20./21.06.09 in Berlin
Bundesparteitag zur Bun-
destagswahl

31.10.-01.11.09 in Berlin
BundesKonferenz

Impressum:

„betrieb&gewerkschaft Intern“
wird an alle Aktive der AG ver-
schickt. Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Re-
daktion wieder.

Partei Vorstand
DIE LINKE
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kl. Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Tel. 030/2 4 009 673
Fax 030/ 24 009 480
E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss:
29.12.2008

Verantwortlich:
BundessprecherInnenrat
DIE LINKE
AG Betrieb & Gewerkschaft

www.betriebundgewerkschaft.de